

BRASIL IEN

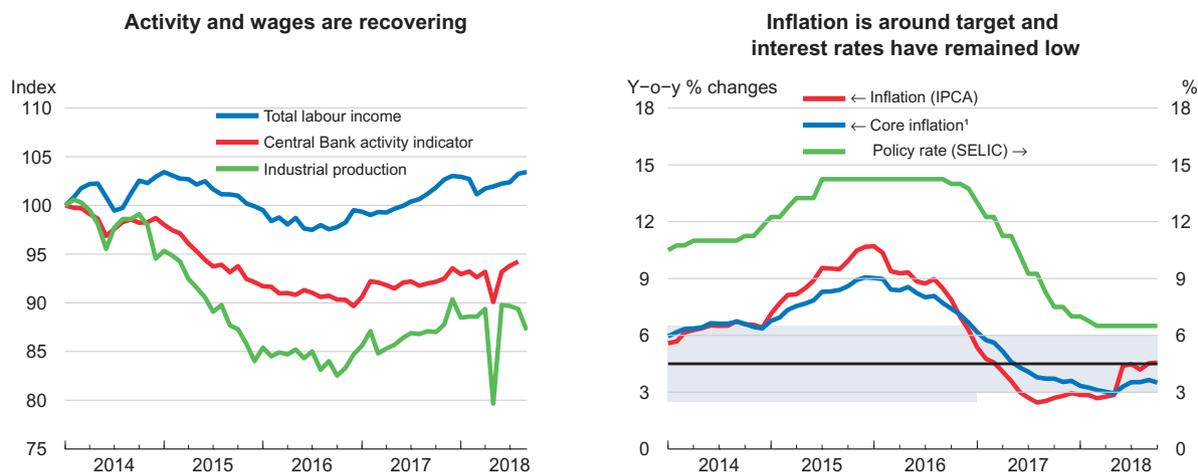
Das Wachstum wird 2019 und 2020 an Dynamik gewinnen, weil der private Konsum, gestützt auf die Verbesserungen am Arbeitsmarkt, zunimmt. Die sich belebende Kreditvergabe und die nach dem Amtsantritt einer neuen Regierung gestiegene Planungssicherheit werden die Konjunkturerholung stützen. Die politische Unsicherheit in Bezug auf die Umsetzung von Reformen ist nach wie vor groß und könnte die Erholung gefährden. Wenn die Unsicherheit abklingt und die Reformen wie angenommen voranschreiten, wird die Investitionstätigkeit jedoch anziehen.

Die Geldpolitik wird den Projektionen zufolge 2019 unter dem Einfluss der Konjunkturbelebungen gestrafft werden. Ohne weitreichende Ausgabenkürzungen bleibt die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen gefährdet, insbesondere aufgrund steigender Rentenausgaben. Die neue Regierung steht vor der großen Herausforderung, einen politischen Konsens für eine Rentenreform herbeizuführen. Um ein kräftiges Wachstum zu sichern, sind weitere Anstrengungen zur Steigerung der Produktivität erforderlich, u.a. über eine engere Integration in die Weltwirtschaft.

Nach einer Schwächephase infolge von Transportstreiks zieht das Wachstum wieder an

Nach einer vorübergehenden streikbedingten Abschwächung scheint sich die Wachstumsdynamik unter dem Einfluss der zunehmenden Kreditvergabe zu beleben. Eine Neubewertung der Risiken an den internationalen Kapitalmärkten hat zu Kapitalabflüssen und einer Abwertung der Währung geführt, die geringe Auslandsverschuldung hat die Auswirkungen auf die Binnenwirtschaft jedoch begrenzt. Die Gesamtinflation und die Kerninflation liegen unter den Zielvorgaben und die Zinssätze verharren auf einem niedrigen Niveau, was die Ausgaben der privaten Haushalte stützt. Das moderate Lohnwachstum und die – wenn auch nur allmähliche – Verbesserung der Arbeitsmarktlage erhöhen den privaten Konsum zusätzlich. Die Qualität der neu entstandenen Arbeitsplätze ist bisher jedoch gering, weil eine unverhältnismäßig hohe Zahl von Arbeitsplätzen im informellen Sektor geschaffen wurde.

Brazil



1. Core inflation is defined as the average of the three core inflation measures published by the Central Bank of Brazil.

Source: Central Bank of Brazil; IBGE; and OECD Economic Outlook 104 database.

Brazil: Demand, output and prices

	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Current prices BRL billion	Percentage changes, volume (2000 prices)				
GDP at market prices	5 995.8	-3.4	1.0	1.2	2.1	2.4
Private consumption	3 835.2	-4.4	0.9	1.7	1.8	2.5
Government consumption	1 185.8	0.0	-0.6	0.2	1.1	1.0
Gross fixed capital formation	1 069.4	-10.4	-1.9	4.0	4.9	3.7
Final domestic demand	6 090.4	-4.6	0.2	1.7	2.2	2.4
Stockbuilding ¹	- 25.4	-0.4	0.8	0.2	0.2	0.0
Total domestic demand	6 064.9	-5.0	1.1	2.0	2.4	2.4
Exports of goods and services	773.5	1.7	5.7	-0.3	3.7	4.1
Imports of goods and services	842.6	-10.1	5.5	6.2	5.4	4.0
Net exports ¹	- 69.1	1.6	0.0	-0.8	-0.2	0.0
<i>Memorandum items</i>						
GDP deflator	—	8.1	3.7	3.3	4.4	4.5
Consumer price index	—	8.7	3.4	3.8	4.6	4.3
Private consumption deflator	—	9.2	2.9	3.0	4.9	4.7
General government financial balance (% of GDP)	—	-9.0	-7.8	-7.3	-6.5	-6.1
Current account balance (% of GDP)	—	-1.3	-0.5	-1.2	-1.8	-1.8

1. Contributions to changes in real GDP, actual amount in the first column.

Source: OECD Economic Outlook 104 database.

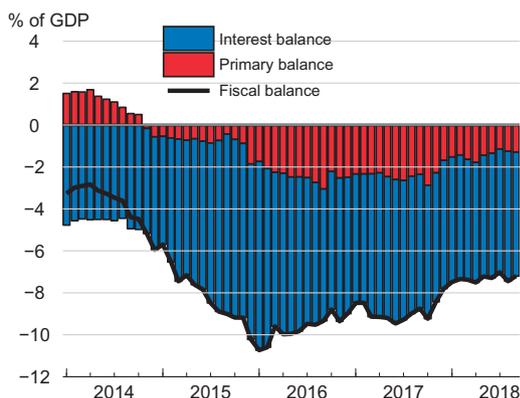
StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933877487>

Die Verbesserung der öffentlichen Finanzlage bleibt eine Priorität

Die Bruttostaatsverschuldung ist auf 77% des BIP gestiegen und der Primärsaldo von -1,2% des BIP liegt nach wie vor deutlich unter den geschätzten +2%, die erforderlich sind, um die Staatsverschuldung zu stabilisieren. Die in den vergangenen Jahren verzeichnete

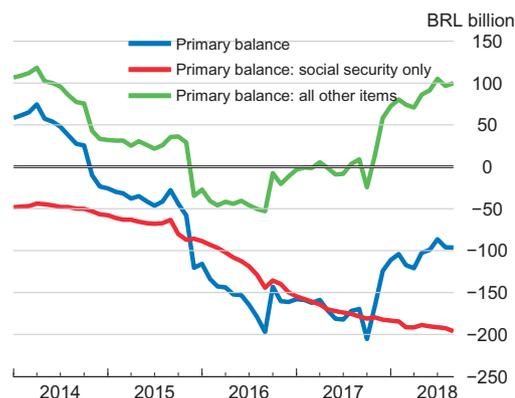
Brazil

Fiscal outcomes have improved gradually after a significant deterioration



1. Accumulated over 12 months.

Source: Central Bank of Brazil; and National Treasury.

Pension expenditures have contributed to the deterioration of fiscal outcomes in the past¹

StatLink  <http://dx.doi.org/10.1787/888933876385>

Verschlechterung der öffentlichen Finanzlage ist hauptsächlich auf steigende Sozialausgaben zurückzuführen und dieser Trend wird sich voraussichtlich fortsetzen, wenn die Sozialleistungen, insbesondere die Altersrenten, nicht reformiert werden.

Eine Rentenreform ist nach wie vor von entscheidender Bedeutung, um die Staatsverschuldung mittelfristig zu stabilisieren und das Vertrauen der Anleger in die Solidität der öffentlichen Finanzen und der wirtschaftspolitischen Steuerung zu wahren. Die Anhebungen der Rentenausgaben haben dazu geführt, dass weniger Mittel für Sozialleistungen zur Bekämpfung von Ungleichheit und Armut zur Verfügung stehen, von denen Kinder und junge Menschen besonders stark betroffen sind. Der Mindestlohn, der als Untergrenze für die Rentenberechnung gilt, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Deshalb hat vor allem die Mittelschicht von steigenden Rentenleistungen profitiert, während die sehr effektiven Transferzahlungen an arme Haushalte stagnieren. Eine Begrenzung künftiger Rentenerhöhungen könnte es ermöglichen, mehr Sozialtransfers an die bedürftigsten Gruppen zu finanzieren und zugleich die Staatsfinanzen auf einen nachhaltigeren Pfad zu bringen.

Eine Erhöhung der Einkommensgrenze, bis zu der Anspruch auf Geldleistungen aus dem Programm Bolsa Família besteht, auf das nur 0,5% des BIP entfallen, würde auch die Anreize für den Schulbesuch und Vorsorgeuntersuchungen erhöhen und dadurch die Ungleichheiten im Bildungs- und Gesundheitsbereich reduzieren. Der Abbau von Steuervergünstigungen und Kreditsubventionen für private Unternehmen, die einen fruchtbaren Boden für Korruption geschaffen haben, ohne in erkennbarer Weise zur Steigerung von Lebensqualität oder Produktivität beizutragen, sollten fortgesetzt werden.

Zu den Politikmaßnahmen, die als Reaktion auf den jüngsten Streik der Lkw-Fahrer ergriffen wurden, gehörten eine Senkung der Dieselsteuer und eine Preisregulierung im Güterverkehr. Diese Maßnahmen sollten nach und nach zurückgenommen werden, da sie die Haushaltskonsolidierung beeinträchtigen, den Wettbewerb einschränken und die Exportwettbewerbsfähigkeit schwächen, indem sie in vielen anderen Sektoren die Vorleistungspreise steigen lassen. Die Dieselsteuer war bereits niedriger als die Benzinsteuern, obwohl aus ökologischen Gründen das Gegenteil sinnvoll wäre. Da die CO₂-Intensität der Volkswirtschaft in letzter Zeit gestiegen ist, sollten die Steuern auf fossile Energieträger erhöht und nicht gesenkt werden. Außerdem sind die armen Bevölkerungsgruppen den negativen Gesundheitsfolgen der Luftverschmutzung am stärksten ausgesetzt.

Das Produktivitätswachstum wird langfristig der Hauptmotor des Wachstums sein. Deshalb muss in vielen Sektoren der Wettbewerb gestärkt werden, um die Allokation von Arbeit und Kapital zugunsten von Tätigkeiten mit starkem Potenzial zu fördern. Eine stärkere Einbindung in die Weltwirtschaft würde sich effizienzsteigernd auswirken, weil mehr Unternehmen internationalem Wettbewerb ausgesetzt wären und sich der Zugang zu kostengünstigeren Vorleistungen und Investitionsgütern verbessern würde. Die Effizienz ließe sich auch steigern, indem binnenwirtschaftliche Marktzutrittsschranken abgebaut und Maßnahmen zur Kostenreduzierung umgesetzt werden. Dazu gehören eine Verringerung des an Steuervorschriften geknüpften Erfüllungsaufwands und eine Verbesserung der Vertragsdurchsetzung. Eine grundlegende Überarbeitung des fragmentierten Systems der indirekten Besteuerung mit dem Ziel, eine einheitliche Mehrwertsteuer zu schaffen, könnte die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im ganzen Land erhöhen.

Das Wachstum wird den Projektionen zufolge zunehmen

Das Wachstum wird den Projektionen zufolge 2019 und 2020 zunehmen, da die niedrige Inflation, das moderate Lohnwachstum und die sinkende Arbeitslosigkeit für einen kräftigeren privaten Konsum sorgen und die Reformfortschritte Investitionsanreize schaffen.



From:
OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2

Access the complete publication at:
https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-en

Please cite this chapter as:

OECD (2018), "Brasilien", in *OECD Economic Outlook, Volume 2018 Issue 2*, OECD Publishing, Paris.

DOI: https://doi.org/10.1787/eco_outlook-v2018-2-8-de

Das vorliegende Dokument wird unter der Verantwortung des Generalsekretärs der OECD veröffentlicht. Die darin zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Argumente spiegeln nicht zwangsläufig die offizielle Einstellung der OECD-Mitgliedstaaten wider.

This document and any map included herein are without prejudice to the status of or sovereignty over any territory, to the delimitation of international frontiers and boundaries and to the name of any territory, city or area.

You can copy, download or print OECD content for your own use, and you can include excerpts from OECD publications, databases and multimedia products in your own documents, presentations, blogs, websites and teaching materials, provided that suitable acknowledgment of OECD as source and copyright owner is given. All requests for public or commercial use and translation rights should be submitted to rights@oecd.org. Requests for permission to photocopy portions of this material for public or commercial use shall be addressed directly to the Copyright Clearance Center (CCC) at info@copyright.com or the Centre français d'exploitation du droit de copie (CFC) at contact@cfcopies.com.